Schriften des Vereins für Geschichte
und Naturgeschichte der Baar

Band 61 · Seite 81 – 104
April 2018

Villingen in der Nachkriegszeit – Besatzung, Entnazifizierung, Neuanfang

von Wolfgang Heitner

Dieser Beitrag knüpft an den Aufsatz an, der unter dem Titel *Nutznießer und Täter – Villingen in der Zeit des Nationalsozialismus* in den *Schriften der Baar* (Band 60, 2017) erschienen ist.

In diesem Aufsatz wurden sowohl die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Verlauf der ersten Monate des Jahres 1933 und die Durchsetzung nationalsozialistischer Politik durch die Bürgermeister Hermann Schneider und Karl Berckmüller mit Hilfe ihrer in städtische Ämter gekommenen Parteigenossen als auch die im Laufe der Jahre sichtbar gewordenen innerparteilichen Machtkämpfe dargestellt. Er endet mit dem Einmarsch der französischen Truppen am 20. April 1945 in Villingen und der Übergabe der Stadt durch den Bürgermeister-Stellvertreter Hermann Riedel, nachdem führende Parteigrößen der Kreis- und Gauleitung die Stadt fluchtartig verlassen hatten.

Wie aber erlebten die Villinger die Wochen und Monate des Umbruchs? Wie die Besatzung durch die französischen Soldaten? Setzten sie sich mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit auseinander? Wie erging es den Opfern der überstandenen Gewaltherrschaft in der Stadt? Kann man von einem Neubeginn sprechen?

Der Krieg kommt nach Villingen

Villingen war, wie viele Orte im ländlichen Raum, lange Zeit von direkten Kriegsereignissen verschont geblieben. Maßnahmen gegen Luftangriffe wurden jedoch schon seit 1934 getroffen. Im Juli dieses Jahres nahmen Luftschutz-Blockwarte, die in der Ortsgruppe des Reichsluftschutzbundes organisiert waren, ihre Arbeit auf. Ziel war es, „*Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den drohenden Gefahren aus der Luft durchzuführen, den Wehrwillen des ganzen Volkes zu stärken.*“[1]

In den folgenden Jahren wurden Männer und Frauen als Luftschutzwarte ausgebildet. Verdunkelungsübungen fanden in regelmäßigen Abständen statt. Nach Kriegsbeginn hob in den Ringanlagen der Reichsarbeitsdienst Luftschutzdeckungsgräben aus. In Schulen, Gaststätten und einer Reihe öffentlicher Gebäude innerhalb der Altstadt wurden Luftschutzräume eingebaut. Ihr Fassungsvermögen, einschließlich behelfsmäßiger Selbstschutzräume, betrug rund 3.500 Plätze bei einem Bedarf für etwa 4.000 Personen, die in der Altstadt wohnten.[2]

Der zerstörte Villinger Bahnhof. Foto: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen.

Je länger der Krieg dauerte, desto sichtbarer und gravierender wurden auch seine Folgen für die Bevölkerung. Die Rationierung von Lebensmitteln und sonstigen Gebrauchsgütern wurden durch Zuteilungsmarken reguliert. Todesanzeigen für die Gefallenen häuften sich in den Zeitungen.[3] Ab Herbst 1944 wurden die Villinger Schulen immer mehr zu Lazaretten und Notunterkünften für Fliegergeschädigte und Evakuierte,[4] so dass ein regulärer Schulunterricht nicht mehr möglich war. Ausgebombte aus anderen Städten mussten, wenn auch widerwillig, aufgenommen werden.

Dass Villingen konkret in die Kriegshandlungen verwickelt werden könnte, musste die Bevölkerung durch die Zunahme der Luftalarme ab 1944 und durch einzelne Fliegerangriffe erfahren, die besonders dem Zugverkehr der Strecke Offenburg – Konstanz galten.[5] Von massiven Bombenangriffen war die Stadt aber bis zu dieser Zeit verschont geblieben. Das änderte sich jedoch ab dem Februar 1945. Ziele waren, wie auch in anderen Städten, vor allem Gleisanlagen, Bahngebäude und Versorgungseinrichtungen. Hinzu kamen in Villingen Werke wie SABA und Kienzle, bekannt durch die Herstellung von Rundfunkgeräten und Präzisionsinstrumenten verschiedenster Art und wichtiger Zulieferer für Heer, Marine und Luftwaffe.[6] Ihre militärische Bedeutung war für die Alliierten wichtig genug, um sie zu bombardieren. Spätestens am 19. und 22. Februar zerstob die Hoffnung der Villinger Bevölkerung, von größeren Luftangriffen und den damit verbundenen Zerstörungen verschont zu bleiben.

An diesen Tagen wurden in mehreren Angriffen das Bahnhofsgelände einschließlich der angrenzenden Straßen und das Elektrizitätswerk schwer getroffen, wobei Schäden in großem Ausmaß entstanden und acht Personen getötet wurden.[7] Am 19. April 1945, ein Tag vor der Besetzung Villingens durch

französische Truppen, galt der letzte große Luftangriff der Firma SABA. Dabei wurde der westliche Teil der Werksanlagen völlig zerstört, weitere Teile der Produktions- und Verwaltungsgebäude blieben einigermaßen erhalten. Fünf Personen starben bei diesem Angriff.[8]

Die militärische Planung der Wehrmacht sah vor, Villingen mit einer Verteidigung durch Stellungen rund um die Stadt und Panzersperren an den Ausfallstraßen zu sichern. Reguläre Wehrmachtseinheiten zusammen mit Volkssturmverbänden sollten die Sicherung der Stadt übernehmen. Unter Umständen sollten alle Brücken, Übergänge und die noch intakten Gleisanlagen gesprengt werden.[9] All diese Vorkehrungen, auch die Gegenwehr einzelner Soldaten, konnte das Vordringen der französischen Verbände nicht verhindern. „*Hauptanliegen war*", so Hermann Riedel, der in diesen Tagen Alleinverantwortlicher der Stadt war, „*daß nichts zur Verteidigung der Stadt unternommen werde, um sie nicht in letzter Stunde der teilweisen oder vollständigen Vernichtung preiszugeben.*"[10] Dieser Wunsch ging in Erfüllung und als Zeichen der Kapitulation wurde auf dem Münster ein weißes Leintuch befestigt.

Es folgte die Auflösung der militärischen Ordnungsstrukturen. Das Ziel der noch vorhandenen Wehrmachts- und SS-Verbände war glücklicherweise nicht mehr die bedingungslose Verteidigung Villingens, sondern der Versuch, sich möglichst rasch in Richtung Bodensee und Allgäu zurückzuziehen. Viele Soldaten verloren dabei ihr Leben oder gerieten in französische Gefangenschaft. Genau so rasch löste sich der nur wenige Tage zuvor in Villingen aufgestellte Volkssturm auf. Er bestand, laut Führerbefehl, aus allen waffenfähigen Männern im Alter von 16 bis 60 Jahren. Entweder traten die Männer gar nicht erst zu dem

Männer des Volkssturms 287. Foto aus: Heiner Flaig, Villingen Zeitgeschehen in Bildern 1928 – 1950. Verlag Revellio. Villingen-Schwenningen 1978 (Seite 124).

An die Bevölkerung Villingens!

Unsere Stadt zählt zu den wenigen Städten Deutschlands, welche von dem gesamten Kriegsgeschehen nahezu verschont wurde. Die Stadt wurde gestern besetzt.

Ihr habt es in der Hand, Eure Stadt und Eure Familien vor weiteren Schäden an Gut und Blut zu bewahren, wenn Ihr den Aufforderungen des französischen Stadtkommandanten strikte Folge leistet.

Erwachsene sorgt dafür, daß vor allem die Jugend keine Unbesonnenheiten begeht, die für die gesamte Bevölkerung schwerste Belastungen mit sich bringen würden.

Letzte Abgabefrist für Waffen und Munition:

heute Abend 17 Uhr Stadthauptkasse.

Sonst Todesstrafe.

Mit Haussuchungen ist jederzeit zu rechnen.

Sollte aus Häusern trotz dieser Verbote geschossen werden, werden diese Häuser durch Feuer oder Artillerie dem Erdboden gleich gemacht. Sämtliche Bewohner dieser Häuser werden erschossen. Erleiden Besatzungsmitglieder Schäden an Leib und Leben, so werden für jeden verletzten oder getöteten Angehörigen der Besatzungsmacht

zehn Villinger Bürger

erschossen.

Bürger, helft mit, daß Eure Heimat und Euer Leben erhalten bleibt.

Villingen, den 22. April 1945.

Der Bürgermeister:

Bräunlich.

Erste Anordnungen nach der Besetzung Villingens.
Foto: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen.

befohlenen Dienst an oder ihre Vorgesetzten sahen selbst die Aussichtslosigkeit der militärischen Lage und stellten es ihnen frei, sich nach Hause durchzuschlagen.[11]

Auch die Dominanz der NSDAP und ihrer lokalen Führer war innerhalb weniger Stunden zusammengebrochen. Einige wenige von ihnen wollten bis zum Schluss Stärke demonstrieren.[12] Die maßgebenden Parteifunktionäre jedoch verließen zusammen mit weiteren Kreisleitern und Mitgliedern der Gauleitung mit voll beladenen Autos fluchtartig die Stadt.[13] Die überwiegende Zahl der kleinen Parteifunktionäre und die einfachen Parteimitglieder vor Ort verhielten sich wohl ebenso wie Riedel, der die Weisung ausgegeben hat, „*im Rathaus alle nationalsozialistischen Bilder, Fahnen usw. aus den Räumen zu entfernen und möglichst zu vernichten.*“[14] Gemeint waren wohl vor allem Hitlerporträts.

So blieb es Hermann Riedel als immer noch amtierendem Erstem Beigeordneten in seiner Funktion als Stellvertreter des abwesenden Bürgermeisters Karl Berckmüller[15] vorbehalten, am 21. April die Befehle und einen Maßnahmenkatalog von dem kommandierenden Offizier Capitaine Besnier entgegenzunehmen. Es wurde angeordnet, Waffen aller Art, Rundfunkgeräte und Fotoapparate auf dem Rathaus abzuliefern. Wehrmachtsangehörige müssten sich melden, sonst drohe ihnen die Todesstrafe. Eine allgemeine Ausgangsperre von abends 18 Uhr bis morgens 7 Uhr sei strikt einzuhalten.[16]

Der Auflösung der Militär- und Parteistrukturen folgte eine zunehmende Auflösung der öffentlichen Ordnung. Sie zeigte sich vor allem in den am 20. April einsetzenden Plünderungen der Lebensmittellager in der Villinger Garnison. Auch eingesetzte Polizeibeamte konnten nicht verhindern, dass in Kisten verpackte Lebensmittel, Säcke mit Zucker und Reis sowie große Mengen an Käse und Marmeladeneimer weggeschleppt wurden. „*Jeder glaubte*“, so ein Augenzeuge, „*berechtigt zu sein, sich die Waren aneignen zu können.*“[17] Warum aber auch nicht, wird sich der einfache Bürger gefragt haben. Weshalb sollten in einer Zeit des Mangels Dutzende Tonnen an Lebensmitteln für nicht mehr vorhandene militärische Einheiten gelagert werden? Bürgernäher verhielten sich Wehrmachtsdienststellen in Donaueschingen, denn dort wurden die Lebensmittel noch vor der Besetzung der Stadt an die Bevölkerung verteilt.

Die Entlassung Hermann Riedels als Erstem Beigeordneter durch den französischen Stadtkommandanten Besnier signalisierte einerseits das Ende der mit dem Nationalsozialismus eng verbundenen Stadtverwaltung (weitere Entlassungen von städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern sollten noch folgen), aber gleichzeitig einen Neubeginn mit der Einsetzung des 51-jährigen Fotografen Walter Bräunlich als neuem Bürgermeister. Bräunlich betrieb seit 1932 ein Fotogeschäft in Villingen und war von März 1940 bis Mai 1944 Soldat. Er unterhielt nach seiner Wehrmachtszeit konspirative Verbindungen zu im „Stalag“ (Stammlager) Villingen internierten französischen Kriegsgefangenen. Einer dieser Gefangenen, Morand Faust, wurde zum Polizeipräsidenten ernannt und schlug Bräunlich als Bürgermeister vor. Dieser soll verlangt haben, dass Riedel zu seiner Unterstützung auch weiterhin als Erster Beigeordneter im Amt bleibe.[18]

Hermann Riedel: Ratschreiber und Erster Beigeordneter („graue Eminenz“)

Ein kurzer Rückblick auf die Tätigkeit Hermann Riedels innerhalb der Stadtverwaltung Villingens ist nicht zu trennen von der Politik des Nationalsozialismus, die in vielfältiger Weise die Stadt verändert hat. Riedel wurde im Dezember 1929 Ratschreiber und im November 1935 zum Ersten Beigeordneten in hauptamtlicher Funktion ernannt. Er war schon zuvor wesentliche Stütze des NS-Bürgermeisters Hermann Schneider, der im Juli 1933 nur durch seine Parteizugehörigkeit und in verwaltungstechnischen Fragen völlig unerfahren von der Gauleitung ins Amt eingesetzt wurde. Diese einflussreiche Position nahm Riedel

Hermann Riedel, Ratschreiber und Erster Beigeordneter. Foto aus: Riedel (Seite 258).

in noch höherem Maße bei Schneiders Nachfolger, Karl Berckmüller, ein.[19] Dieser, ebenfalls langjähriges Parteimitglied, kam auf Betreiben des badischen Gauleiters Robert Wagner zu der Villinger Bürgermeisterstelle. Wagner wollte sich für langjährige Freundschaft und Zusammenarbeit erkenntlich zeigen, nachdem sein Parteigenosse bei der SS in Ungnade gefallen war.[20] Hermann Riedel war ab dem 1. Mai 1937 Parteimitglied, Fördermitglied der SS von 1933 bis 1939, Fachschaftsleiter im Reichsbund der deutschen Beamten und Mitglied in weiteren Nebenorganisationen der Partei.[21] Er war in alle politischen und verwaltungstechnischen Entscheidungen eingebunden oder hatte wenigstens Kenntnis davon, wie sein Namenskürzel unter den entsprechenden Akten bezeugt. Seine Position gewann zusätzlich an Gewicht und Einfluss – aber auch an Verantwortung –, als Bürgermeister Berckmüller seinen Militärdienst ableistete und sich nur noch zeitweise in Villingen aufhielt. Immer wieder war Riedel für die Erledigung dringender städtischer Angelegenheiten gezwungen, einen Antrag auf Berckmüllers Beurlaubung zu stellen.[22]

Seine Arbeit war aber auch verknüpft mit der nationalsozialistischen Ideologie, ihren Zielsetzungen und Handlungsweisen gerade auch auf kommunaler Ebene und damit zwangsweise mit den führenden Kräften der NSDAP, die seit der Machtergreifung städtische Ämter, auch in leitender Position, an sich gerissen hatten. Als Beispiele sollen, neben Bürgermeister Hermann Schneider, der gleichzeitig Kreisleiter der NSDAP war, genannt werden: Franz Martin, sogenannter „alter Kämpfer", Leiter des Jugendamtes und Kreisamtsleiter der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV); Jakob Friedrich Jockers, ebenfalls „alter Kämpfer", Blockleiter und in führender Stellung in der Stadthauptkasse beschäftigt; Karl Reichert, auch er „alter Kämpfer", gefürchteter Ortsgruppenleiter und Leiter des Elektrizitäts-Werkes.

Hermann Riedel war der Mann im Hintergrund, auch „graue Eminenz" genannt. Und er war Mitwisser an der Zerschlagung der gewählten kommunalen Gremien Stadtrat und Bürgerauschuss, an der gewaltsamen Vertreibung des Oberbürgermeisters Gremmelspacher aus seinem Amt, der Verfolgung und Misshandlung politisch und weltanschaulich Andersdenkender,[23] an den Angriffen auf

die jüdische Bevölkerung, die zu deren wirtschaftlichem Ruin, der gesellschaftlichen Ausgrenzung und letzten Endes zur Deportation der noch in Villingen lebenden Juden im Oktober 1940 in das Konzentrationslager Gurs in Südfrankreich führte. All dies fand in aller Öffentlichkeit statt. „*Auch die Versteigerungen der Haushalte der Deportierten und der Haushalte der Emigrierten fanden unter großer öffentlicher Beteiligung statt.*“[24] An einer dieser Versteigerungen, es handelte sich um den Haushalt von Michael Bloch, war auch Hermann Riedel in seiner Funktion als Vertreter des Bürgermeisters direkt beteiligt. Zusammen mit dem Leiter der Städtischen Sammlungen, Paul Revellio, bat er die dafür zuständige Finanzdirektion Karlsruhe am 6. Oktober 1941, noch vor der öffentlichen Versteigerung, aus der „*Verwertung des Hausrates des Michael Israel Bloch von Villingen […] ihr für ihre Sammlung folgende Stücke zu überlassen: […].*“[25] Es folgte eine Liste über rund 80 Gegenstände. Sie reichte von einem „*doppeltürige[n] Schrank von 1721*“ bis zum „*geschnitzten Stock mit Schildchen: Karl Fehrenbach-Behringer. Belfast.*“[26] Riedel musste jedoch zur Kenntnis nehmen, dass die Gegenstände nicht kostenlos zu haben waren, sondern er ein „Kaufangebot“ über die gewünschten Stücke abgeben solle.[27] Eine Preisliste zur Orientierung wurde nachgereicht. So hatte es sich die Stadt nicht vorgestellt und reduzierte daraufhin ihre Wünsche auf einige wenige Stücke mit der Bitte, wenn schon nicht kostenlos, so sollten diese der Stadt „*doch zu einem ganz bescheidenen Preis […] überlassen*“[28] werden. Auf diese Weise wurde letztlich verfahren. So wurde also um jüdisches Vermögen geschachert. Die Stadt erhielt unter anderem zwei Schränke, eine Kommode, eine Standuhr, vielerlei Geschirr, und Paul Revellio konnte endlich den Erhalt der Gegenstände bestätigen und diese in die Städtischen Sammlungen einreihen.[29]

Als Walter Bräunlich als Bürgermeister eingesetzt wurde, blieb Hermann Riedel, wie von Bräunlich gewünscht, zunächst als Erster Beigeordneter im Dienst. Nach eigenen Aussagen musste er „*zu seinem eigenen Schutz vier Wochen auf dem Rathaus zubringen*“, da er Angriffe von versprengten SS-Männern befürchtete, die sich für das Hissen der weißen Flagge rächen wollten.[30] Am 1. November 1945 wurde Riedel dann doch aus dem Dienst entlassen. Er teilte damit das Los von 135 städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern, die Mitglied der NSDAP waren.[31] Aber schon einen Monat später wurde die Entlassung zurückgenommen und Riedel erhielt eine Anstellung als Ratschreiber im Angestelltenverhältnis.[32]

Inzwischen begann in der französischen Besatzungszone das sogenannte Entnazifizierungsverfahren, dem sich alle ehemaligen Parteimitglieder stellen mussten. Persönliche Daten, Auskünfte zur Mitgliedschaft in der NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden, Dienstverhältnisse, Einkommen und Fragen zum Militärdienst mussten auf einem Fragebogen festgehalten werden und waren neben einer mündlichen Befragung Grundlage eines zweistufigen Verfahrens. Ein örtlicher Untersuchungsausschuss sichtete die Informationen und Aussagen, formulierte daraufhin einen besonders begründeten Sühnevor-

Französische Soldaten in Villingen. Foto: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen.

schlag, der an die in Freiburg eingerichtete „Reinigungskommission des Ministeriums des Innern“ weitergeleitet wurde. Sie fällte das Urteil und verkündete es. Im Falle Riedels lautete der am 23. September 1946 ausgestellte Bescheid: „*In leitender Stelle unmöglich. Weiterbeschäftigung als mittlerer Beamter gemäß Vorschlag.*“[33] Zusätzlich wurde eine finanzielle Zurückstufung auf das „*Angestelltenverhältnis wie 1937*“ festgelegt. In einem abschließenden Verfahren wurde Riedel als „Mitläufer“ eingestuft und einer Weiterbeschäftigung als Ratschreiber zugestimmt. Seine Hoffnung, als Bürgermeister wählbar zu sein, erfüllte sich jedoch nicht.[34]

Abschließend lässt sich zu Hermann Riedel sagen: Er hat dem nationalsozialistischen Staat 12 Jahre lang treu und freiwillig gedient. Gedient hat er der Stadt Villingen auch davor in der Weimarer Republik und danach in der Bundesrepublik Deutschland. Er hat seine Kenntnisse und Fähigkeiten dem nationalsozialistischen System zur Verfügung gestellt. Dieses Angebot wurde angenommen, denn auch eine verbrecherische Diktatur benötigt einen funktionierenden und effektiven Verwaltungsapparat und Menschen, die diesen Anspruch zuverlässig umsetzen. Dies tat der Ratschreiber und Erste Beigeordnete Hermann Riedel.

Französische Besatzung

„*Mit Ablauf des 20. April war auch für die Bevölkerung der Stadt Villingen das Dritte Reich abgeschlossen.*“[35] Diese Aussage entspringt einem tiefen Wunsch, den sicherlich die meisten Villinger – und nicht nur diese – hegten. Er nimmt einen noch stärkeren Wunsch vorweg, der im Verlauf weniger Monate und Jahre in die Forderung nach einem „Schlussstrich“ einmündete, den man doch endlich unter diese Nazi-Zeit ziehen sollte.

Auch für die Villinger stellte sich zunächst die dringende Frage, wie ihr Leben unter der französischen Besatzung sich entwickeln, welcher Spielraum in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht ihnen zugestanden würde. Aber es stellte sich auch die Frage, wie man mit den 12 Jahren nationalsozialistischer Diktatur umgehen solle. Wie einerseits mit den „*Täter[n], Helfer[n], Trittbrettfahrer[n]*“[36] des Systems zu verfahren sei, wie aber andererseits die Forderung der Opfer nach Gerechtigkeit und Genugtuung zu erfüllen sei.

Im Mai 1945 schloss sich eine Gruppe von etwa 30 Personen zu einem „Arbeitsausschuss“ zusammen, bestehend aus „*ehemaligen Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrumsmitgliedern, Kommunisten und Gewerkschaftlern.*“[37] Sie sahen sich als Bindeglied zwischen Stadtverwaltung und Militärregierung und wollten diese beim politischen und wirtschaftlichen Aufbau, aber auch bei der „politischen Säuberung“ unterstützen. Die Versorgung mit Lebensmitteln, die Unterbringung der französischen Militärangehörigen, auftretende Probleme mit den befreiten ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, die sich noch in großer Zahl in der Stadt befanden (man spricht von etwa 2.900 Perso-

Die neue Zivilverwaltung. Bürgermeister Bräunlich, Landrat Bienzeisler, Beigeordneter Riedel (von links).
Foto aus: Flaig (Seite 129).

nen), waren nur ein Teil der zu bewältigten Aufgaben. Mitte Dezember wurde ein „Gemeindeausschuss" vereidigt, dem Vorläufer des einen Monat später gewählten ersten Nachkriegs-Gemeinderates.

Neben der regulären kommunalen Schutz- und Kriminalpolizei, die dem französischen Polizeipräsidenten Faust unterstellt war und für die Sicherung der öffentlichen Ordnung zu sorgen hatte, wurde zusätzlich, als eigenständige Abteilung, die „Politische Polizei" gebildet. Ein Grund dafür war die Befürchtung der französischen Verwaltung, dass „*Anschläge und Sabotageakte gegen alliierte Einrichtungen*"[38] verübt werden könnten. Sie sollte jedoch auch dazu beitragen, eine umfassende politische Säuberung in Verwaltung und Wirtschaft in Gang zu setzen und den öffentlichen Dienst bei der Neueinstellung von Beamten und Angestellten beraten. Leiter der Behörde war Werner Simon, Mitarbeiter waren unter anderem Wilhelm Schifferdecker und Karl Schleicher, die als Antifaschisten bekannt waren.[39] Bald jedoch kam es zu Differenzen mit der Stadtverwaltung, die insbesondere bei ihrer Personalpolitik ohne Rücksprache mit der „Politischen Polizei" freie Stellen besetzte. Ende Mai 1946 wurde die Abteilung aufgelöst, ohne dass von offizieller Seite Gründe genannt wurden. Sie sei nach Ansicht der französischen Militärregierung in ihrer Zusammensetzung zu linkslastig gewesen, wurde gemunkelt. Ein Vorwurf, der wohl auch zum plötzlichen Ausscheiden von Bürgermeister Bräunlich im Februar 1946 führte.[40]

Verordnete Entnazifizierung

Lob für die geleistete Arbeit der „Politischen Polizei" kam von einem Redakteur des *Südkuriers*. Auch er nannte keine Hintergründe für die Auflösung, stellte jedoch fest: „*Die Politische Polizei hatte in der schweren Zeit eine sehr schwierige Aufgabe zu erfüllen und hat sich in einjähriger Tätigkeit um die Bereinigung des öffentlichen Lebens verdient gemacht.*"[41] Diese Bereinigung des öffentlichen Lebens und die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus waren seit Beginn der Besatzungszeit eines der bedeutendsten Ziele der französischen Administration. Aber der Journalist sah – und das war ein besonderes Anliegen des für Baden zuständigen Generalverwalters Emile Laffon – „*in einer Beteiligung der Deutschen an der Entnazifizierung*"[42] eine Form der Selbstreinigung („*auto-épuration*"), wofür die Deutschen Verantwortung übernehmen sollten – natürlich unter französischer Aufsicht. Er war weiter der Ansicht, die Entnazifizierung solle nicht nur die Verwaltung, sondern gleichermaßen den gesamten wirtschaftlichen Bereich, aus dem der Nationalsozialismus eine besonders große Unterstützung erhalten habe, erfassen. Die Verantwortlichen auf deutscher Seite wurden durch eine Anweisung Laffons vom 19. September 1945 aufgefordert, auf Kreisebene „Untersuchungsausschüsse" zu bilden, die über Beamte, Angestellte und Arbeiter in allen Abteilungen des öffentlichen Dienstes urteilen sollten. Sie setzten sich aus Vertretern von Parteien, Gewerkschaften und den beiden Konfessionen zusammen.[43] Auf einer zweiten Ebene bildeten sich „Reinigungskommissionen" (sie hatten ihren Sitz in Freiburg), die letztlich Maßnahmen vorschlugen, die von der Militär-

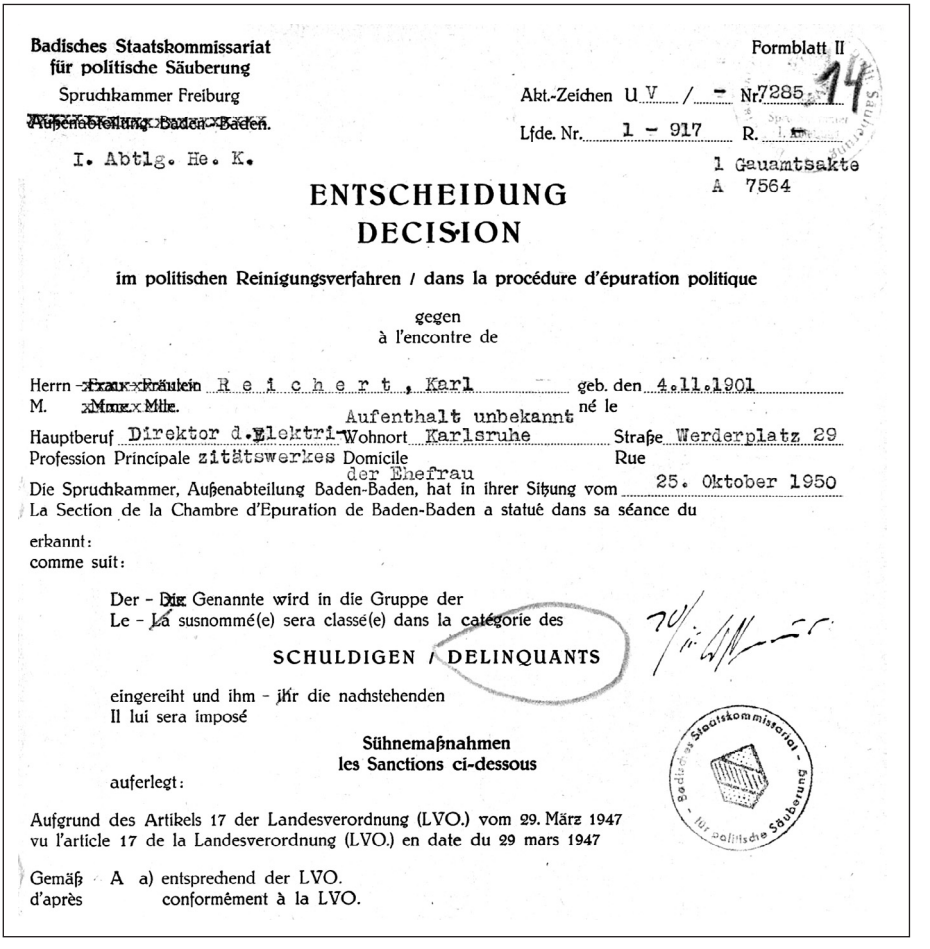
behörde als oberster Instanz angenommen oder abgelehnt werden konnten. Die Straf- und Sühnemaßnahmen reichten von der Entlassung aus dem Amt über die Reduzierung des Gehalts bis zur Einschränkung beruflicher und politischer Rechte. Jeder Einzelfall sollte sorgfältig geprüft werden, wobei die Parteimitgliedschaft und das Eintrittsdatum nur ein Beurteilungsfaktor unter anderen sein sollte.[44]

Bevor dieser formale Weg eingeschlagen wurde, kam es direkt nach der Besetzung Villingens zu umfangreichen Verhaftungen von Männern, Frauen und Jugendlichen. Die Knabenschule wurde zum Internierungslager umfunktioniert, später kam das ehemalige Gefangenenlager (Stalag) dazu. Auch das Amtsgefängnis war rasch voll belegt. Verhaftet wurden zunächst alle Personen, die in der Partei oder ihren Gliederungen (SA, SS, HJ) und den angeschlossenen Verbänden (DAF, NSV und weitere) leitende Funktionen eingenommen hatten, ebenfalls Mitglieder der Geheimen Staatspolizei (Gestapo), des Sicherheitsdienstes (SD) oder der Polizei. In den regelmäßig erscheinenden „Mitteilungen der Militärregierung für die Stadt und den Landkreis Villingen“[45] wurden die ihres Amtes Enthobenen, aber auch Verurteilte (samt Strafmaß) namentlich aufgelistet. Strafen wurden beispielsweise für Waffenbesitz, Diebstahl von Lebensmitteln, verbotenen Handel mit Kleidungsstücken oder Nichtberücksichtigung der Ausgangssperre verhängt. Das Strafmaß reichte von Gefängnis- und Geldstrafen bis zur Todesstrafe.[46] Es gab jedoch auch eine Reihe von Gefangennahmen – gerade in den ersten Tagen der Besatzung – die willkürlich und übereifrig erscheinen. „Fehlende Ausweispapiere“ wurden dabei häufig als Grund angeführt, ebenso „verdächtig“ oder nur „Pg“ (Parteigenosse). Auch Denunziationen scheinen in diesem Zusammenhang eine gewichtige Rolle gespielt zu haben. Den anderen als Nazi zu beschuldigen, um sich selbst in ein besseres Licht zu rücken, darüber berichtet Hermann Riedel.[47]

Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadtverwaltung, welche Mitglieder der NSDAP gewesen waren, wurden entlassen oder vorläufig suspendiert. Nach im Mai 1945 zusammengestellten Listen betraf diese Regelung 135 Personen, etwa 60 % der Beschäftigten.[48] Unter ihnen waren bekannte Nationalsozialisten wie Berckmüller, Reichert und Martin.[49] Ebenfalls betroffen waren der Leiter des Kreisschulamtes, Heinrich Koch, der Chefarzt des Städtischen Krankenhauses, Ludwig Duschl, und der Leiter der Villinger Kriminalpolizei, Hermann Reinhardt.[50]

Die politische Säuberung bezog sich jedoch auch auf Parteimitglieder, die in der privaten Wirtschaft tätig waren. Eine Gliederung erfolgte nach gewissen Bereichen wie zum Beispiel Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft. Die auferlegten Sühnemaßnahmen richteten sich nach parteipolitischem Engagement, aber auch nach dem Nutzen, der sich aus der Mitgliedschaft in der NSDAP ergeben hatte. So konnte zum Beispiel ein Teil des Vermögens eingezogen oder das Verbot verhängt werden, eine leitende oder selbstständige Stellung auszuüben. Die endgültigen Entscheidungen wurden im Amtsblatt der Landesverwaltung Baden – Französisches Besatzungsgebiet[51] veröffentlicht. In den vorliegen-

den Unterlagen, die den Zeitraum 1. März 1947 bis 10. Mai 1947 umfassen – also nur knapp zweieinhalb Monate –, werden 413 Personen namentlich aufgeführt, so dass man wohl von insgesamt weit über tausend Personen ausgehen kann, die von dieser Art der Entnazifizierung in Villingen betroffen waren.[52]



Badisches Staatskommissariat
für politische Säuberung
Spruchkammer Freiburg
Außenabteilung Baden-Baden.
I. Abtlg. He. K.

Formblatt II
Akt.-Zeichen U V / - Nr 7285
Lfde. Nr. 1 - 917 R. 1 -
1 Gauamtsakte
A 7564

ENTSCHEIDUNG
DECISION

im politischen Reinigungsverfahren / dans la procédure d'épuration politique

gegen
à l'encontre de

Herrn ~~Frau~~ ~~Fräulein~~ R e i c h e r t , Karl geb. den 4.11.1901
M. ~~Mme~~ ~~Mlle~~. né le
Aufenthalt unbekannt
Hauptberuf Direktor d. Elektri- Wohnort Karlsruhe Straße Werderplatz 29
Profession Principale zitätswerkes Domicile Rue
der Ehefrau
Die Spruchkammer, Außenabteilung Baden-Baden, hat in ihrer Sitzung vom 25. Oktober 1950
La Section de la Chambre d'Epuration de Baden-Baden a statué dans sa séance du

erkannt:
comme suit:

Der - ~~Die~~ Genannte wird in die Gruppe der
Le - ~~La~~ susnommé(e) sera classé(e) dans la catégorie des

SCHULDIGEN / DELINQUANTS

eingereiht und ihm - ~~ihr~~ die nachstehenden
Il lui sera imposé

Sühnemaßnahmen
les Sanctions ci-dessous

auferlegt:

Aufgrund des Artikels 17 der Landesverordnung (LVO.) vom 29. März 1947
vu l'article 17 de la Landesverordnung (LVO.) en date du 29 mars 1947

Gemäß A a) entsprechend der LVO.
d'après conformément à la LVO.

Badisches Staatskommissariat für politische Säuberung

Entscheidung im Spruchkammerverfahren Karl Reichert. Foto: Staatsarchiv Freiburg.

Neben der schleppenden Bearbeitung der Verfahren und dem Vorwurf, die Kleinen werden verurteilt, die Großen lässt man laufen, wurde von deutscher Seite eine mangelnde juristische Grundlage und die damit verbundene „*Rechtlosigkeit der Delinquenten*“[53] beklagt. Die Vorschläge der Untersuchungsausschüsse differierten häufig zu sehr mit den Urteilen der übergeordneten „Säuberungskommission“, was einerseits zu unverständlichen Verschärfungen, aber andererseits auch zu unerklärlichen Abmilderungen der Vorschläge führte. Die Folge war, dass die „Säuberungsgerechtigkeit“ als Ganzes in Zweifel gezogen wurde.

Um dieser unerfreulichen Diskussion ein Ende zu setzen, wurde die Entnazifizierung im französisch besetzten Teil Badens umfassend gesetzlich geregelt. Auf Grund der Landesverordnung über die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 29. März 1947[54] wurde – nach dem Vorbild der amerikanischen Besatzungszone – eine mit deutschen Laienrichtern besetzte Spruchkammer eingerichtet, die beim Staatskommissariat für politische Säuberung in Freiburg angesiedelt war. Auf Kreisebene bildeten sich neue Untersuchungsausschüsse, die aufgrund umfassender Recherchen (Meldebogen, Befragungen, Einbeziehung sogenannter Persilscheine, ...) einen Vorschlag für eine Entscheidung durch die Spruchkammer vorbereiten sollte. Die angeklagten Personen (über 18 Jahre) wurden, je nach Grad der Verstrickung in das NS-System, in eine von fünf Kategorien eingestuft: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete. Als Strafen konnten je nach Einstufung verhängt werden: Inhaftierung in einem Arbeitslager für mehrere Jahre, Berufsverbot, Vermögenseinzug, Verlust des Wahlrechts oder Geldbeträge für einen Wiedergutmachungsfonds. Es bestand Revisionsmöglichkeit, die auch häufig in Anspruch genommen wurde.[55]

Auch in Villingen wurden Hunderte von Spruchkammerverfahren gegen Personen aus den verschiedensten Bereichen in Gang gesetzt.[56] Bezogen auf Personen, die in Villingen eine politisch führende Position eingenommen haben,[57] hieß das im Einzelnen:

- Für Wilhelm Gutmann: NS-Ortsgruppenleiter und kommissarischer Bürgermeister in Villingen 1933. Er wurde 1945 verhaftet und interniert; 1947 vom Landgericht Waldshut wegen „Landfriedensbruch“ zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.
- Für Franz Martin: NS-Ortsgruppenleiter, Leiter des Jugendamtes und Leiter der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). Er war von Juli 1945 bis August 1948 interniert, zunächst als „Belasteter“ eingeordnet (Revision „Minderbelasteter“).
- Für Karl Reichert: NS-Ortsgruppenleiter und Leiter des E-Werks. Nach dem Krieg untergetaucht, in Abwesenheit in die Gruppe der „Schuldigen“ eingereiht.
- Für Arnold Haller: NS-Kreisleiter. Nach dem Krieg untergetaucht, hatte Haller bis Anfang der 50er Jahre unter falschem Namen gelebt. 1951 für die Gruppe der „Belasteten“ vorgesehen, aufgrund der erlassenen Amnestiegesetze jedoch freigesprochen.
- Für Paul Riegger: Langjähriger Stadtrat, ehrenamtlicher Beigeordneter und Kreishauptstellenleiter. Nach dem Krieg 8 Monate in Haft, im Spruchkammerverfahren 1948 in die Gruppe der „Minderbelasteten“ eingereiht.
- Für Hermann Schneider: Bürgermeister und NS-Kreisleiter in Villingen, NS-Kreisleiter in Mannheim. Nach dem Krieg zwei Jahre in Ludwigsburg interniert, zunächst 1948 in die Gruppe der „Hauptschuldigen“ eingereiht, in einem Revisionsprozess 1951 in die Gruppe der „Belasteten“ zurückgestuft.

- Für Karl Berckmüller: Chef der badischen Gestapo bis 1937, dann Bürgermeister in Villingen. Nach dem Krieg interniert, mehrmals geflohen, 1949 in die Gruppe der „Hauptschuldigen" eingereiht, 1950 in die Gruppe der „Belasteten" zurückgestuft, vom Landgericht Freiburg zu einer Gefängnisstrafe von 15 Monaten verurteilt.

Gegen Ende der 1940er Jahre herrschte in der deutschen Öffentlichkeit überwiegend die Meinung, dass die Entnazifizierung ihr Ziel, die Gesellschaft als Ganzes vom Nationalsozialismus zu säubern, so der Anspruch der Siegermächte, verfehlt habe.[58] War in den ersten Monaten nach Kriegsende den Umfragen zufolge etwa die Hälfte der Befragten mit der Säuberungspolitik einverstanden, so sank die Zustimmung Anfang 1949 auf deutlich unter 20 Prozent.[59] Als Hauptgründe wurden unter anderem genannt: Die Verfahren erstrecken sich auf zu viele Person; sie werden zu schematisch durchgeführt; sie verletzten elementare Rechtgrundsätze (die Beschuldigten müssen ihre Unschuld nachweisen) und überhaupt stehe Aufwand und Zielsetzung in einem krassen Missverhältnis zueinander. In dieser Kritik waren sich politische Parteien, Gewerkschaften und die Kirchen einig.[60] Die französische Besatzungsbehörde reagierte mit verschiedenen Verordnungen in den Jahren 1948 und 1949, die die Durchführung der Verfahren vereinfachen und den Abschluss der Entnazifizierung herbeiführen sollten. Danach wurden nominelle Nationalsozialisten, die in der Kategorie „Minderbelastete" eingereiht waren, allesamt als bloße „Mitläufer" oder „Sympathisanten" eingestuft, was zum Beispiel den Wiedereintritt in den öffentlichen Dienst ermöglichte.

Formal wurde die Entnazifizierung in Baden-Württemberg durch ein Landesgesetz im Juli 1953 beendet.[61] Das Gesetz wurde von der Verfassunggebenden Landesversammlung am 2. Juli 1953 beschlossen.

Bericht aus einer „schweren Zeit"

„*Villingen 1945 – Bericht aus einer schweren Zeit*" ist der Titel des Buches, in dem der Autor Hermann Riedel das Leben in Villingen und Umgebung beschreibt. Die „*schwere Zeit*" hat also Riedel zufolge nicht etwa 1933 mit Beginn der nationalsozialistischen Diktatur oder 1939 mit dem Überfall Deutschlands auf die europäischen Staaten begonnen, sondern erst in dem Jahr, in dem auch Villingen die Folgen des Krieges zu spüren bekam: Zerstörungen und Todesopfer durch Luftangriffe, Einmarsch und Besatzung durch französische Soldaten.

War das Ende des Krieges und der Zusammenbruch des Nationalsozialismus der Beginn einer neuen Zeit, an deren Neubeginn Einsicht in das vom NS-Staat begangene Unrecht, Selbstkritik, Übernahme moralischer Verantwortung oder gar Sühnebereitschaft standen? Vielleicht galt das für einzelne Personen, aber sicher nicht für die breite Öffentlichkeit.

Die Verschärfung der Ernährungslage, die Lasten durch die langjährige Besatzung und umfangreiche Demontagen meinten der Villinger Bevölkerung

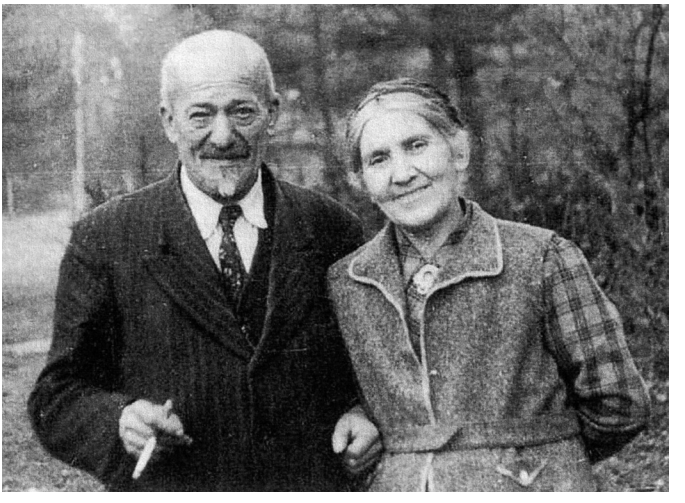
immer mehr Anlass zu geben, sich selbst als Opfer zu sehen und die Verantwortung für die Kriegsfolgen bei der Besatzungsmacht zu suchen. Verantwortlich für die prekäre Versorgungslage zum Jahreswechsel 1945 / 46 sei allein die Militärverwaltung. Sie selbst lebe in Saus und Braus, habe jedoch die Lebensmittelration willkürlich herabgesetzt, so dass sie, wie es in einem anonymen Schreiben heißt, „*unter dem KZ liegt*".[62] Militärgouverneur Robert nahm die erhobenen Klagen zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass es die Deutschen waren, die den jetzigen Zustand zu verantworten haben und zählte detailliert auf, was die Deutschen während der Besatzung Frankreichs an Lebensmitteln gestohlen und gewaltsam beschlagnahmt hatten.[63] Ebenso kühl reagierte er auf die dauernden Vorhaltungen der Stadtverwaltung – sie bündelte wohl die Klagen aus der Bevölkerung – über das Verhalten der Ausländer in der Stadt. Auch in dieser Frage verweist er auf den ursächlichen Zusammenhang. Denn es seien die Deutschen selbst gewesen, die die Ausländer gerufen, größtenteils zwangsweise aus ihren Heimatländern deportiert hätten.[64]

Die Requirierungen von Häusern, Wohnungen und Hausrat sorgten bei den betroffenen Villingern für besonderen Unmut. So bildete sich im November 1949 eine „Notgemeinschaft der Besatzungsgeschädigten" unter dem Vorsitz des Kaufmanns und ehemaligem Parteimitglieds Georg Berweck. Eine „*Entschließung*"[65] macht eindringlich auf „*schwerste seelische und meist auch wirtschaftliche Schäden*" seiner Anhänger aufmerksam, die nun schon seit „*Jahren unter menschenunwürdigen Verhältnissen*" leben müssten, so dass ihr „*Glauben an den Willen zur Gerechtigkeit erschüttert*" sei. Die Gründe für die Missstände als Folge des NS-Regimes und des von Deutschland begonnenen Krieges spielten in der Argumentation keine Rolle. Der Tenor lag auf der Betonung der eigenen Opferrolle, wie schon die einleitenden Sätze der „Entschließung" deutlich machen:

> *Über viereinhalb Jahre sind schon vergangen, daß ein Krieg zu Ende ist, der von der Mehrheit des deutschen Volkes nicht gewollt war. Schwer lasten die verheerenden Folgen dieses furchtbaren Krieges immer noch auf unserem Volke. Groß ist die Zahl der Ausgebombten, der Flüchtlinge und der Ostvertriebenen, deren Not offen zutage liegt und die zu lindern sich Gemeinden, Länder und Bund mit allen Mittel bemühen.*

Allein der Bau von Wohnungen könne die Misere beheben, so die Meinung der Besatzungsbehörde. Zudem verwies sie auf das eingerichtete Entschädigungsgericht, „*bei dem die durch die Besatzung entstandenen Schadensfälle vorgebracht werden können.*"[66] Diese Klagemöglichkeit führte in der Folgezeit zu umfangreichen Entschädigungszahlungen an Haus- und Wohnungsbesitzer, an betroffene Betriebe und sogar an die Stadt, die ebenfalls Schäden angezeigt hatte.

Wie aber ging es den wirklichen Opfern, die die Zeit des Nationalsozialismus überlebt hatten – die zwischen 1933 und 1945 aus ihren Ämtern und Berufen gejagt wurden, die geschlagen und gedemütigt wurden, die in sogenannte Schutzhaft und KZs kamen oder unter Zurücklassung ihres Besitzes aus Deutsch-



Wilhelm Schifferdecker und seine Ehefrau Maria 1943.

Foto: Ida Marie Madlenski, geb. Schiefferdecker (privat).

land fliehen mussten? Juden kamen vereinzelt zurück, um zu sehen, was aus ihrem Besitz geworden war; einige der Verfolgten waren in der Stadt geblieben.

Am Beispiel Wilhelm Schifferdeckers, Gewerkschafter und SPD-Mitglied von Jugend an, und seiner Tochter Ida[67] soll aufgezeigt werden, wie es einem Menschen und seiner Familie erging, der von den Nationalsozialisten verfolgt und dennoch in Villingen überlebte.

Wilhelm Schifferdecker, 1881 in Schwenningen geboren, durchlief Ausbildung und Arbeitsleben wie viele im Arbeitermilieu Aufgewachsene. Nach Besuch der Volksschule erlernte er das Feinmechaniker- und Uhrmacherhandwerk und fand Anstellungen in verschiedenen Uhrenfabriken in Schwenningen. Er engagierte sich in der Gewerkschaft und wurde aus diesem Grund nach dem „Großen Streik" 1907 entlassen. So kam er auf eine „schwarze Liste" und fand deshalb in der Region keine Anstellung mehr. 1909 zog Schifferdecker mit seiner Familie nach Stuttgart, arbeitete bei Daimler und wurde noch während des Krieges in den Betriebsrat gewählt. Als langjähriges SPD-Mitglied vertrat er seine Partei für einige Monate im neu gebildeten württembergischen Landtag. Sein Weg führte ihn jedoch in die Region zurück, und er übernahm den Posten eines hauptamtlichen Sekretärs des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für den Bereich Südbaden mit Sitz in Villingen. Die Geschäftsstelle befand sich im Verbandsbüro, dem Volkshaus „Löwen" in der Oberen Straße, wo auch seine Tochter Ida angestellt war. Als Mitglied der Villinger Stadtverordnetenversammlung engagierte sich Schifferdecker jahrelang in der Lokalpolitik.

Auch nach der Machtübernahme Hitlers glaubte er – wie so viele seiner Kollegen und Parteigenossen – an das Weiterbestehen einer rechtsstaatlichen Ordnung. Ein reines Wunschdenken, wie er schmerzlich erfahren sollte. In der Nacht des 17. März wurde Wilhelm und Ida Schifferdecker vor ihrem Haus von etwa „*30 Strauchdieben und Banditen*"[68], wie er die SS- und SA-Leute bezeich-

Ida Schifferdecker Anfang der 1930er Jahre.
Foto: Ida Marie Madlenski, geb. Schiefferdecker (privat).

nete, überfallen. Angeführt wurde die Gruppe von Walter Morstadt, einem der übelsten Villinger Nazis zwischen 1930 und 1934.[69] Schifferdecker wurde zusammengeschlagen, auf einen Lkw geworfen, wobei eine Hand schwer verletzt wurde, zum SA-Lokal „Stiftskeller" gefahren und dort mit Erschießen bedroht. Zum Glück erschien die Ordnungspolizei. Schifferdecker wird ins städtische Gefängnis eingeliefert und über zwei Monate in „Schutzhaft" gehalten.

Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften Anfang Mai begann für Wilhelm und Ida die Zeit der Arbeitslosigkeit. Der Vater ernährte sich und die Familie bis zum Ende des Krieges mit einem Hausierhandel für Öle und Fette, der Tochter wurde nach langjähriger Arbeitslosigkeit eine mäßig bezahlte Hilfsschreiberstelle bei der Firma Kienzle zugewiesen.

Nach der Befreiung wurde der Antifaschist Schifferdecker als Inspektor bei der Politischen Polizei eingesetzt. Mit alten Kollegen versuchte er, die Metaller-Gewerkschaft wieder aufzubauen. Aber er konnte die wiedergewonnene Freiheit nicht lange genießen. Im Alter von 65 Jahren starb Wilhelm Schifferdecker am 20. Dezember 1946 an der „*körperlichen und seelischen Not, die er zu erdulden hatte*". So steht es in einem Nachruf seiner Gewerkschaftskollegen.

Und wie erging es seiner Tochter Ida? Der Versuch, in ihrem erlernten Beruf als Stenotypistin und Bürogehilfin Fuß zu fassen, scheiterte. Sie sei zu alt, musste sich die 40jährige Frau sagen lassen, man suche junge Kräfte.

Ein erster Entschädigungsantrag auf Wiedergutmachung „*wegen Schaden im beruflichen Fortkommen*" wird 1961 nach fünfjähriger Bearbeitungszeit abgewiesen. Ihre Entlassung 1933, so steht es in der Urteilsbegründung,[70] sei nicht aus politischen Gründen erfolgt, eine Schädigung der Antragsstellerin sei nicht beabsichtigt gewesen. In einem Gnadenakt werden ihr 12 Jahre später 1.949 DM („*aufgerundet auf 2.000 DM*"[71]) zugestanden. Ironie der Geschichte: Es war der ärgste Peiniger ihres Vaters, Walter Morstadt (inzwischen Immobilienmakler und Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins Villingen), der bei einer zufälligen Begegnung Anfang der 1970er Jahre Ida Schifferdecker bestätigte, dass sie natürlich aus politischen Gründen und als Tochter des Gewerkschaftssekretärs Schifferdecker entlassen worden sei und „*weil Sie deshalb für uns nicht tragbar waren.*"[72] Schriftlich wollte er ihr die Aussage jedoch nicht geben.

Neubeginn in Villingen

Kann man von einem Neubeginn in der Stadt Villingen sprechen, der Täter, Mitläufer und Opfer ins Gespräch kommen ließ und Formen des Gedenkens hervorbrachte?

Die Opfer des Nationalsozialismus hatten es schwer, ihre nun gesetzlich garantierten Ansprüche durchzusetzen. Oft war es mühsam, das erfahrene Leid mit den nüchternen Gesetzestexten in Einklang zu bringen, allzu oft sprachen Richter im Namen des Volkes Recht, die es wenige Jahre zuvor im Namen des nationalsozialistischen Staates ebenso getan hatten.

Ida Schifferdeckers Fall ist nur einer unter Tausenden. Es waren Verfahren, die sich über viele Jahre hinzogen, für die Opfer eine quälend lange Zeit, die Urteile oftmals ernüchternd.

Ähnlich erging es auch Villinger Juden, die noch auswandern konnten und nun aus ihrer neuen Heimat für sich selbst oder als Erben in der Zwischenzeit verstorbener Familienangehöriger oder auch im Namen ermordeter Verwandter Ansprüche auf Entschädigung für entzogene Vermögenswerte und für die Vernichtung der beruflichen Existenz erhoben. Michael Bloch, ehemals Kaufmann in Villingen, gelang noch kurz vor Kriegsbeginn mit seiner Tochter und deren Ehemann die Flucht in die Schweiz. Die wertvolle Wohnungseinrichtung, zur Mitnahme verpackt, wurde im letzten Augenblick von der Gestapo beschlagnahmt, eingelagert und einige Zeit später öffentlich versteigert. 1951 kam Michael Bloch nach Villingen zurück, um nach seinem Eigentum zu schauen. Er hatte, so steht es in den Restitutionsakten, „*einige Sachen ausfindig gemacht und zurückgeholt, sich dabei mit den Strengeren* [Familie Strengert hat kurz vor Blochs Auswanderung das Grundstück erworben] *privat verglichen, aber in dem Verhältnis zu dem, was verloren ging, kann das gar nicht ins Gewicht fallen.*“[73] Auch mit der Stadt Villingen, die ja eine Reihe von Gegenständen aus seinem Besitz vorab erworben hatte, einigte sich Michael Bloch. Für zwei antike Möbel bezahlte die Stadt 200 DM, weitere Gegenstände wurden zurückgegeben.[74]

Michael Bloch starb am 5. Juli 1953 in New York. Vielleicht war er in den wenigen Tagen seines Aufenthaltes in der Stadt Nachbarn begegnet, die dabeistanden, als er 1939 ohne Hausrat abreisen musste. Vielleicht erfuhr er auch, dass unter den etwa 400 Personen, die sich an der zweitägigen Versteigerung seines Besitzes beteiligt hatten, ehemals gute Bekannte waren. Wir wissen es nicht.

Wenig verwunderlich ist jedoch, dass viele ehemalige Funktionäre und Aktivisten der NSDAP in Villingen – nun nicht mehr in Uniform – ihrer Tätigkeit bei der Stadtverwaltung oder in ihren zivilen Berufen nachgingen. Hin und wieder fiel einer der ehemals bekannten und gefürchteten Parteigenossen in der Öffentlichkeit auf. So fragte der CDU-Stadtrat Heuft in einer Sitzung im April 1951 nach, „*ob der Stadtrat nicht seinerzeit beschlossen habe, dass der frühere SS-Mann Bucherer Stadtverweis haben soll. Bucherer laufe jetzt wieder herausfordernd in der Stadt herum.*“[75]

1953 kam der ehemalige Bürgermeister und NS-Kreisleiter Hermann

Ehrengäste bei der Wiedereröffnung des Kneippbades 1979: Verwaltungsdirektor a. D. Hermann Riedel, Bürgermeister a. D. Hermann Schneider, Alt-Bürgermeister Severin Kern (von links).
Foto: Südkurier vom 5. Juni 1979.

Schneider nach Villingen zurück. Ratschreiber Riedel, unter Schneider zum Ersten Beigeordneten aufgestiegen, hatte in dessen Spruchkammerverfahren 1948 bescheinigt: „*Die Stadt ist ihm heute zu Dank verpflichtet*“ und „*Schneider kann zu jeder Stunde wieder zurück nach Villingen kommen.*“[76] Ob das jeder Villinger und jede Villingerin genau so sahen? Jene bestimmt nicht, die in den 1930er Jahren von NS-Kreisleiter Schneider angezeigt und zu Haftstrafen verurteilt worden waren.[77]

Zusammen mit Dr. Karl Haushalter, einem ehemaligen Parteigenossen und Leiter des Amtes für Volksgesundheit der NSDAP, gründete Schneider einen „Bautechnischen Dienst“. Im Laufe der nächsten Jahre entwickelte sich daraus eine „Wohn- und Gewerbebau-Gesellschaft“, die sich auf Beratung, Planung, Finanzierung und Erstellung von Eigenheimen, Wohnungen und Industriebauten spezialisierte. Schneiders Maßnahmen als NS-Kreisleiter (ab 1937 dann in Mannheim), die Verantwortung, die er für die Gewalttaten seiner ihm untergeordneten Funktionäre hatte, spielten für Riedels Ansicht 1948 wohl keine Rolle – und er war mit dieser Meinung sicherlich nicht allein. Hermann Schneider war in diesem Verfahren immerhin als „Hauptschuldiger“ eingeordnet worden. Handelt es sich bei Riedel um Erinnerungsverweigerung oder um eine grundsätzlich selektive Geschichtsbetrachtung, die nur die Aspekte für eine Beurteilung zulässt, die in ein schon vorgefertigtes Bild passen?

Auch Zeitungsredakteure sind nicht frei von selektiver Geschichtsbetrachtung. Es muss ja nichts Falsches berichtet werden. So wird in einem Südkurier-Artikel vom 5. Juni 1979 über die Wiedereröffnung des Villinger Kneippbades durch den Oberbürgermeister Gebauer berichtet.

> *Als Ehrengäste konnte das Stadtoberhaupt an diesem Vormittag den ehemaligen Villinger Bürgermeister Schneider begrüßen, der vor 45 Jahren das Bad der Bevölkerung zum ersten Mal hatte übergeben können. Daneben waren der Ehrenbürger Severin Kern und Verwaltungsdirektor a. D. Riedel an diesem Vormittag ins Kneippbad hinausgekommen“,*[78]

so der Redakteur. Im Erläuterungstext des Fotos werden Schneider und Riedel als „*Veteranen der Villinger Kommunalpolitik*“ bezeichnet. In dieser Form werden Informationen ihres historischen Kontextes beraubt und zeitlich beliebig eingeordnet. Hinweise auf den Nationalsozialismus in Villingen („*vor 45 Jahren*“) oder NS-Bürgermeister Schneider („*Veteran*“ Schneider) wären möglich und für den Leser wichtige Informationen. Das war aber wohl nicht erwünscht.

Diese Verweigerungshaltung betraf auch den Umgang mit den aus der Stadt vertriebenen jüdischen Bürgern. Für deren Schicksal gab es über Jahrzehnte hinweg keine öffentliche Gedenkstätte, keine öffentliche Erinnerung. Kein Oberbürgermeister, auch nicht der Gemeinderat oder die Parteien haben sich darum gekümmert. Ein Mitarbeiter des Stadtarchivs, Rudolf Janke, beschäftigte sich in seiner Freizeit mit der Geschichte des Judentums und auch im Besonderen mit der ehemaligen jüdischen Gemeinde Villingens. Eine Gedächtnistafel, so sein Wunsch, sollte an ihr Schicksal erinnern. Ein Brief an den damaligen Villinger Oberbürgermeister Severin Kern (von 1950 bis 1972) im April 1969 blieb unbeantwortet.[79] Sein Vorgesetzter im Stadtarchiv versuchte weitere Aktivitäten zu bremsen.

Es vergingen 10 Jahre, bis auf Rudolf Jankes beharrliches Drängen unter dem neuen Oberbürgermeister Gerhard Gebauer eine Gedenktafel in der Gerberstraße angebracht wurde. Jedoch nicht an dem Haus mit der Nummer 33, in dem sich der zerstörte Betsaal der jüdischen Gemeinde befunden hatte, sondern einige Meter davon entfernt an einer Mauer neben der evangelischen Johanniskirche. Die Hausbesitzer haben die Anbringung der Tafel verwehrt, weil sie eine „*Wertminderung und Hindernisse bei einem möglichen Verkauf des Anwesens*“[80] befürchteten.

Aber dennoch: Seit 1978 findet jedes Jahr am 9. November am Ort der Tafel eine Gedenkveranstaltung statt, zu der die evangelische Kirche und die Stadtverwaltung einlädt.

Gedenktafel in der Gerberstraße. Foto: Wolfgang Heitner.

Es war der Künstler Gunter Demnig, der seit Mitte der 1990er Jahre „Stolpersteine“ im öffentlichen Raum verlegt, so dass in individueller Form der Opfer des Nationalsozialismus (Juden, Sinti und Roma, Opfer der sogenannten Euthanasie und anderer) gedacht werden kann. Die Steine werden vor den Häusern verlegt, in denen die Opfer zuletzt und selbst gewählt gewohnt haben. Auf einem eingelassenen Messingtäfelchen sind Namen und Schicksal verzeichnet.

Den Opfern ihren Namen zurückgeben und zu zeigen, dass sie „unter uns“ gelebt haben, war auch die Intension einer Initiative vor allem von Geistlichen beider Konfessionen, um auch in Villingen (und Schwenningen) „Stolpersteine“ zu verlegen. Ihr Vorschlag wurde sowohl 2004 als auch 2014 von der Mehrheit des Gemeinderats (ausschlaggebend waren dabei die Stimmen der CDU-Fraktion und der Freien Wähler) abgelehnt. Diese individuelle, in den Straßen der Stadt sichtbare Form des Erinnerns war offenbar nicht erwünscht. Auch weitere in den letzten Jahren vereinzelt errichtete Erinnerungszeichen oder Begegnungen mit Opfern und deren Verwandten wurden von Schülern und Lehrern, von Mitgliedern der Kirchengemeinden und einzelnen Personen der Stadtverwaltung initiiert, jedoch nicht von der Gesamtheit des Gemeinderats.

Ein Blick zurück macht deutlich, dass sehr viele Jahre vergingen, bis sich die gewählten Vertreter der Bürgerschaft der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dessen Opfern stellten. Aber dann in ihrer Mehrzahl wie es scheint eher widerwillig als offen. Die Mehrheit der Bevölkerung war in der Nachkriegszeit mit sich selbst beschäftigt, mit der materiellen Sicherung des Lebens, dem eigenen Fortkommen. Eine Auseinandersetzung mit den 12 Jahren Hitler-Regierung war nicht gewollt. Diese hätte sie vielleicht gezwungen, sich ihrem eigenen Beitrag und Verhalten zu stellen, womöglich ihrer Begeisterung für den Führer, die Partei und deren Zielsetzungen und Maßnahmen. Der Wunsch, endlich einen Schlussstrich unter dieses „Stück Geschichte“ zu ziehen, war allgegenwärtig. Wagten es manche Opfer, sich öffentlich zu äußern, wurden sie eher als Störenfriede betrachtet denn als Menschen mit berechtigten Forderungen nach Wiedergutmachung ihres erfahrenen Leids.

Es waren einzelne Bürgerinnen und Bürger der Stadt, häufig Mitglieder der Kirchengemeinden oder einzelne Zeitungsredakteure, die das Schweigen durchbrachen und über das Schicksal der im NS-Staat Verfolgten und geschädigten Mitbewohnern öffentlich berichteten.

Autor

Wolfgang Heitner

Geboren 1948, Oberstudienrat i. R., ehemaliger Lehrer für Geschichte und Deutsch am Gymnasium am Romäusring in Villingen-Schwenningen.

Wolfgang Heitner
Lärchenstraße 17
78050 Villingen-Schwenningen
familie.heitner@t-online.de

Anmerkungen

Benutzt wurden folgende Archive: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen, Staatsarchiv Freiburg und Generallandesarchiv Karlsruhe.

1 *Villinger Volksblatt* vom 11. Juli 1934.

2 Hermann Riedel: Villingen 1945. Bericht aus einer schweren Zeit. Müller Offset Druck, Villingen 1968 (Seite 2).

3 Heiner Flaig: Villingen. Zeitgeschehen in Bildern 1928–1950. Verlag Revellio. Villingen-Schwenningen 1978 (Seite 123).

4 Riedel (Seite 11).

5 Riedel (Seite 4).

6 SABA (Schwarzwälder Apparate-Bau-Anstalt) produzierte für die Wehrmacht unter anderem Funkgeräte, Feldtelefone und Bordsprechanlagen. Hans Brunner-Schwer und Peter Zudick: SABA. Bilanz einer Aufgabe. Vom Aufstieg und Niedergang eines Familienunternehmens. Elster Verlag. Moos und Baden-Baden 1990 (Seite 99). – Kienzle-Apparate AG war als Zulieferer an zentralen Rüstungsprojekten der deutschen Luftwaffe beteiligt. – Armin Müller: Kienzle. Ein deutsches Industrieunternehmen im 20. Jahrhundert. Franz Steiner Verlag. 2. Auflage. Stuttgart 2014 (Seite 49).

7 Riedel (Seite 6).

8 Riedel (Seite 6 und ab 156).

9 Riedel (ab Seite 16). Mutige Villinger Bürger schafften die bereitgestellten Sprengstoffkisten beiseite und verstopften die Zündlöcher mit Sand.

10 Riedel (Seite 38).

11 Über die militärische Lage in und um Villingen in den letzten Kriegstagen gibt Hermann Riedel in dem zitierten Buch ausführlich und faktenreich Auskunft.

12 Zum Beispiel Kreisschulrat Heinrich Koch, der noch am Abend des 19. April eine „Durchhalterede" hielt (Riedel, Seite 27). Und Ortsgruppenleiter Karl Reichert, der mit einer Baumsäge bewaffnet noch Panzersperren errichten wollte (Riedel, Seite 45).

13 Riedel (Seite 33).

14 Riedel (Seite 33).

15 Karl Berckmüller, langjähriges Mitglied der NSDAP, „alter Kämpfer" und Leiter der badischen Gestapo bis 1937, war seit dem 4. Oktober 1937 Bürgermeister der Stadt. Im März 1940 wurde er zur Luftwaffe eingezogen. Hermann Riedel erledigte die Amtsgeschäfte seit dieser Zeit weitgehend eigenständig.

16 Riedel (Seite 58).

17 Riedel (ab Seite 36).

18 Riedel (Seite 109).

19 Siehe 15.

20 In einer Art Rochade wurde Hermann Schneider als hauptamtlicher Kreisleiter der NSDAP nach Mannheim versetzt, wo Berckmüller für kurze Zeit Hafendirektor war.

21 Fragebogen des Gouvernement Militaire en Allemagne. Quelle: Staatsarchiv Freiburg (D 180/2, Nr. 75592).

22 Personalakte Karl Berckmüller. Quelle: Stadtarchiv (Abt. 1.17, Schreiben vom 4.3.1940).

23 So wurden Wilhelm Schifferdecker (Gewerkschaftssekretär), Josef Heid (Landtagsabgeordneter der SPD) und Ludwig Uebler (Leiter des Arbeitsamtes) auf Drängen der NSDAP in „Schutzhaft" genommen. Quelle: Staatsarchiv Freiburg (Best. LK Konstanz, Nr. 7188). – Auch Mitglieder des Zentrums und bekennende Katholiken wurden schikaniert, angezeigt und in Haft genommen. Siehe Ekkehard Hausen / Hartmut Danneck: „Antifaschist verzage nicht … !"

Widerstand und Verfolgung in Schwenningen und Villingen 1933 – 1945. Neckar-Verlag. Villingen-Schwenningen 1990 (ab Seite 140).

24 Heinz Lörcher: Zusammenleben von Juden und Nicht-Juden in Villingen nach 1862. In: Villingen im Wandel der Zeit. Jahresheft des Geschichts- und Heimatvereins Villingen. Band 36 (2013), Seite 67.

25 Stadtarchiv (Best. 2.2. Nr. 5212, Schreiben vom 6.10.1941).

26 Siehe 25.

27 Siehe 25 (Schreiben vom 16.10.1941).

28 Siehe 25 (Schreiben vom 31.10.1941).

29 Siehe 25 (Mitteilung Revellios vom 15.2.1942).

30 Vernehmungsprotokoll der Spruchkammer vom 16.12.1948 (Staatsarchiv, D 180/2, Nr. 75592).

31 Stadtarchiv (Best. 2.2. Nr. 2087).

32 Siehe 30 (Fragebogen vom 16.5.1946).

33 Siehe 30 (Bescheid der Reinigungskommission).

34 Personalakte Riedel (Stadtarchiv Best. 1.17).

35 Riedel (Seite 41). Seine Wiedereinstellung erfolgte am 1.12.1945. In dieser Funktion war er bis zu seiner Pension im Jahr 1961 tätig.

36 So lautet der Titel einer Buchreihe von Wolfgang Proske.

37 Jürgen Wolfer: Ein hartes Stück Zeitgeschichte: Kriegsende und französische Besatzungszeit im mittleren Schwarzwald. Zwischen „Werwölfen", „Kränzlemännern" und „schamlosen Weibern". Studien zur Zeitgeschichte, Band 83. Verlag Dr. Kova. Hamburg 2012. – Hier verwendete Quelle: Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen Fakultät der Albert-Ludwig-Universität Freiburg im Breisgau (Seite 372).

38 Wolfer (Dissertation Seite 354).

39 Siehe 38.

40 Siehe 38.

41 *Südkurier* vom 7. Juni 1945: Villingen und Schwarzwald – Politische Polizei in Villingen (Quelle: Wolfer, Dissertation Seite 358).

42 Reinhard Grohnert: Die Entnazifizierung in Baden 1945 – 1949. Kohlhammer-Verlag. Stuttgart 1991 (Seite 59).

43 Grohnert (ab Seite 59).

44 Grohnert (ab Seite 62).

45 Mitteilungen der Militärregierung vom 18.8.1945 (Nr. 1) bis 31.12.1945 (Nr. 12). Quelle: Stadtarchiv (Zs Amt 20).

46 Mitteilungen der Militärregierung vom 18.8.1945 (Nr. 1). Stadtarchiv (Best. 2.16.).

47 Riedel (Seite 92).

48 Stadtarchiv (Best. 2.2. Nr. 2087).

49 Zu diesen Personen siehe Seite 93.

50 Riedel (Seite 92).

51 Die Amtsblätter der Landesverwaltung Baden – Französisches Besatzungsgebiet – sind abgedruckt im Jahresband 1947 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes (Nr. 1 bis 20). Fundstelle: Badische Landesbibliothek Karlsruhe (*https://digital.blb-karlsruhe.de/blbihd/periodical/pageview/895559*). – Dort sind alle Badischen Gesetz- und Verordnungsblätter von 1803 bis 1952 online abrufbar.

52 Stadtarchiv (Best. 2.2. Nr. 2089).

53 Wolfer (Dissertation Seite 379).

54 Landesverordnung über die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 29. März 1947 (Amtsblatt der Landesverwaltung Baden – Französisches Besatzungsgebiet – vom 15. April 1947, Seite 69–76). Fundstelle: Badische Landesbibliothek Karlsruhe (*https://digital.blb-karlsruhe.de/blbihd/periodical/pageview/895743*)

und Staatsarchiv (Best. C 48, Nr. 168).

55 Landesverordnung (Anmerkung 54) und Staatsarchiv (Best. C1/1, Nr. 63).

56 Die genaue Anzahl lässt sich nur schätzen; der Autor hat etwa 150 Spruchkammerakten im Stadtarchiv Villingen, Staatsarchiv Freiburg und Generallandesarchiv Karlsruhe untersucht.

57 Weitere Informationen zu den erwähnten Personen siehe bei Wolfgang Heitner: Nutznießer und Täter – Villingen in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Schriften der Baar. Band 60 (2017), Seiten 69–88.

58 Ulrich Herbert: Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert. Fischer Verlag. Frankfurt am Main 1995 (ab Seite 195) und Grohnert (ab Seite 215).

59 Peter Reichel: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Politik und Justiz. Verlag C.H. Beck. München 2001 (ab Seite 34).

60 Reichel (Seite 32).

61 Gesetz zur einheitlichen Beendigung der politischen Säuberung vom 13. Juli 1953 (Gesetzblatt Baden-Württemberg 1953, Seite 91). – Staatsarchiv (Best. C 48/1, Nr. 5).

62 Wolfer (Dissertation Seite 397, Anmerkung 1673).

63 Mitteilungen der Militärregierung vom 31.12.1945 (Stadtarchiv, Best. 2.16.).

64 Siehe 63 (Mitteilungen vom 17.11.1945).

65 Stadtarchiv (Best. 2.42.2. Nr. 9).

66 Siehe 65.

67 Wilhelm Schifferdecker (Staatsarchiv D 180/2, Nr. 158480) und Ida Schifferdecker (Staatsarchiv F 196/1, Nr. 11525). – Gespräch am 13. und 15.12.2016 mit Ida Marie Madlenski, geb. Schifferdecker, über ihren Großvater und ihre Mutter.

68 Schreiben Wilhelm Schifferdeckers an Gouvernement Militaire Bade, 2.4.1946 (Staatsarchiv D 180/2 Nr. 158480, Akte Walter Morstadt).

69 Laut Protokoll des Ermittlungsausschusses Landkreis Villingen vom 1.8.1946 war „*Morstadt […] von 1930–1934 aktiver Kämpfer und eine der gemeinsten und schmutzigsten Erscheinungen. Er hat laut anliegenden Berichten Demokraten überfallen und war an Geschäftsschließungen maßgeblich beteiligt. […] Morstadt war vor 1933 einer der aktivsten Kämpfer.*“ Parteigenosse (Pg.) seit 1930, Mitglieds-Nr. 333801. Nach Urteil der 8. Spruchkammer, Abteilung des Landes Baden, vom 26.7.1948 ist Morstadt ein „Minderbelasteter“ (Staatsarchiv D 180/2 Nr. 158480).

70 Staatsarchiv (F 166/3 Nr. 7995).

71 Siehe 70.

72 Siehe 70.

73 Staatsarchiv (F 166/3 Nr. 3323).

74 Michael Hütt: „Neu bemalt blaurot“. Geraubtes jüdisches Eigentum in der Villinger Altertümersammlung. Jahresheft des Geschichts- und Heimatvereins Villingen. Band 34 (2001), Seite 68–70.

75 Staatsarchiv (Best. 2.2. Nr. 2086).

76 Generallandesarchiv Karlsruhe (Signatur 465 f. Nr. 1807, Aussage Hermann Riedel).

77 Unter anderem Josef Hog (siehe 76) oder die Bäckersfrau Haas (Stadtarchiv Best. 1.16. Nr. 7574).

78 *Südkurier* vom 5. Juni 1979.

79 *Südkurier* vom 9. Juli 2010.

80 Siehe 79.